

Zur aktuellen Belastungshöhe der Einkommen mit Steuern und Sozialabgaben

Mit Beflissenheit versuchen manche Politiker der Bevölkerung einzureden, dass durch Senkung von Steuern und Sozialabgaben auf die Einkommen jener *Schub* für das baldige Wirtschaftswachstum ausgelöst wird, auf den die Konjunkturpropheten so dringend warten.

Dabei fällt am wenigsten auf, dass die Konjunktur auf den *Außenmärkten*, die ja angeblich die Lokomotive für die Binnenwirtschaft sein soll, nur indirekt durch die Senkungen von Steuern und Sozialabgaben angeschoben werden könnte – wenn sich die Importe infolge dieser Nettomehreinkommen anteilig erhöhen, oder aber nachfolgende Mehrgewinne von Unternehmen im Preiskampf für Exporte auf den globalen Märkten „verpulvert“ werden. Im Übrigen zeigt die Statistik, dass die in den letzten drei Jahren rapide angestiegenen Exportüberschüsse Deutschlands geradezu der *Stagnation der Importe* zu verdanken sind, was allein schon die anhaltende nachfrageseitige Restriktion auf dem Binnenmarkt seit dem Jahre 2000 belegt.

Auf den *Binnenmärkten* ist die Wirkung der Senkungen von Einkommenssteuern und Sozialabgaben differenziert zu bewerten:

1. Senkungen von *Sozialabgaben* bedingen in der Regel verminderte Sozialleistungen, die ihrerseits als effektive Nachfrage in der Wirtschaft fungieren. Aber hier findet lediglich eine Art „Umschichtung“ statt – die Beitragszahler der verminderten Sozialabgaben erhöhen ihr Nettoeinkommen zu Lasten der Bezieher von staatlichen Sozialtransfers – wodurch sich die Gesamtnachfrage überhaupt nicht erhöht.
2. Senkungen von *Steuern* dagegen wirken sich in allen Haushalten mit *hohen* Bruttoeinkommen nur z. T. als zusätzliche Nachfrage aus, insofern dort auch noch die Sparquote angehoben würde.
In den Haushalten mit *niedrigen und mittleren* Einkommen dagegen werden zwar geringere verfügbare Mehreinkommen möglich, die aber durch andere zusätzliche Ausgabenbelastungen im privaten Haushalt gebunden sein können. (Beispiel Gesundheitsreform.) Gleichzeitig sinken infolge des sofortigen Rückgangs an Steuereinnahmen auch staatliche konsumtive und investive Ausgaben, wobei insbesondere letztere einen hohen „negativen Multiplikatoreffekt“ infolge des Auftragsrückgangs für die gewerbliche Wirtschaft erzeugen.

Daher wird der reale *Wachstumseffekt* der Senkung von Steuersätzen und Sozialabgaben von nüchternen Beobachtern als ziemlich gering angesehen und ist auch statistisch oft nicht signifikant nachweisbar.

Ein gewaltiger Impuls zu einem spürbaren Konjunkturaufschwung ist also überhaupt nicht zu erwarten. Die Inlandnachfrage steigt nach der neuesten Schätzung des DIW (Berlin) im Jahr 2004 um lediglich 0,8 % und ist damit noch niedriger angesetzt als die DIW-Schätzung vom letzten Sommer (1,4 %).¹

Dazu trägt auch der hohe **Ausfall** von Steuereinnahmen bei, der sich fataler Weise wie folgt ergibt: „Die zweite Stufe der Steuerreform, die zur Finanzierung der Flutschäden auf das

¹ DIW-Wochenbericht, Nr. 1-2/2004, S. 15

Jahr 2004 verschoben worden war, verursacht Steuerausfälle von reichlich 6 Mrd. Euro, während der Teil der dritten Reformstufe, der von 2005 auf dieses Jahr vorgezogen wird, Mindereinnahmen in Höhe von 9 Mrd. Euro nach sich zieht.“²

Im Grunde ist die Politik *nicht* in der Lage objektiv und überzeugend zu begründen, welcher Zwang zur Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung für Einkommen überhaupt existiert. Die Statistik zeigt *im internationalen Vergleich keine* überhöhten Belastungen der deutschen Einkommen insgesamt sowie auch der Arbeitslöhne durch den Fiskus.³

| | Steuerquoten am BIP in % für das Jahr 2002 | Abgabenquoten am BIP in % (einschl. Steuern) für das Jahr 2002 |
|----------------|---|---|
| Deutschland | 20,9 | 38,4 |
| Frankreich | 27,7 | 44,2 |
| Italien | 28,6 | 41,1 |
| Belgien | 31,6 | 46,2 |
| Großbritannien | 29,8 | 35,9 |
| Schweden | 35,3 | 50,6 |
| Dänemark | 47,7 | 49,4 |
| Österreich | 29,3 | 44,1 |

Die BRD liegt bei der Steuerquote am *unteren* Ende der Belastungsskala in der EU-15 und bei der gesamten Abgabenquote auf die Einkommen (einschl. Steuern) *im Mittelfeld* der EU-15.

Körperschafts- und Anteilseignerbesteuerung im Jahre 2003 in % des Bruttogewinns

| | | |
|----------------|--------|---|
| BRD | 27,9 | (einschl. Solidaritätszuschl. v. 5,5 %) |
| | (26,4) | ab 1.1.2004 |
| USA | 39,9 | (für den Staat New York) |
| Japan | 35,2 | |
| Frankreich | 35,4 | |
| Italien | 34,0 | (+ 4,25 % lokale Steuer =38,5 %) |
| Österreich | 34,0 | |
| Niederlande | 34,5 | |
| Belgien | 34,0 | |
| Spanien | 35,0 | |
| Dänemark | 30,0 | |
| Großbritannien | 30,0 | |

Bei den Sätzen für die Körperschaftssteuer liegt die BRD im *unteren Mittelfeld* der OECD bzw. EU. Entlastungen bei Körperschaftssteuern werden den Kapitalgesellschaften sehr unterschiedlich zusätzlich gewährt.

Allerdings besteht in der BRD noch als *Sondersteuer* ein pauschaler Ansatz von 16,7 % an kommunalen Gewerbeertragssteuern für die Finanzierung von *Gemeindehaushalten*, so dass die Belastung von Gewerbebetrieben dadurch steigt.

² DIW-Wochenbericht, Nr. 1-2/2004, S. 24

³ Sämtliche zitierten Steuer- und Abgabedaten nach: BMF, „Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich“, Ausgabe 2003 vom Dezember 2003.

**Lohnsteuer-, Einkommenssteuer- und Sozialabgabenbelastung von Arbeitnehmern
im Jahre 2002 in % des Bruttoarbeitslohnes**

| | Verheiratete m. 2 Kindern u. Alleinverdiener m. Durchschnittseinkommen | Alleinstehende o. Kind m. Durchschnittseinkommen |
|----------------|---|---|
| Dänemark | 36,9 | 43,1 |
| Schweden | 30,4 | 30,4 |
| Finnland | 31,7 | 31,7 |
| Belgien | 31,0 | 41,4 |
| BRD | 18,6 | 41,2 |
| Frankreich | 20,1 | 26,5 |
| Italien | 21,0 | 28,1 |
| Österreich | 27,1 | 28,6 |
| USA | 11,3 | 24,3 |
| Großbritannien | 17,7 | 23,3 |
| Japan | 11,9 | 16,2 |

Die Belastung der Bruttolöhne von „Alleinstehenden ohne Kind“ war demnach in der BRD in der Spitzengruppe (hinter Dänemark und Belgien), jedoch bei „allein verdienenden Familienvätern“ im unteren Drittel der Rangfolge der o. a. Länder.

**Gesamtbelastung von Arbeitskosten im Jahre 2002 in %, mit SV-Arbeitgeberbeiträgen,
gemindert um staatl. Kindergeld**

| | Verheiratete m. 2 Kindern m. Durchschnittseinkommen | Alleinstehende o. Kind m. Durchschnittseinkommen |
|----------------|--|---|
| Dänemark | 30,9 | 43,4 |
| Schweden | 40,5 | 47,6 |
| Finnland | 38,5 | 45,4 |
| Belgien | 40,1 | 55,3 |
| BRD | 32,5 | 51,3 |
| Frankreich | 39,2 | 47,9 |
| Italien | 34,0 | 46,0 |
| Österreich | 29,6 | 44,8 |
| USA | 17,6 | 29,6 |
| Großbritannien | 18,2 | 29,7 |
| Japan | 20,3 | 24,2 |

Danach liegt die BRD bei der Belastung von *Arbeitskosten* im Mittelfeld bei den „allein verdienenden Familienvätern“, aber nach Belgien mit an der Spitze bei den „Alleinstehenden o. Kind“. Kindergeld wird aus den Sozialtransfers gezahlt und wirkt bei den Arbeitskosten daher entlastend.

Umsatzsteuersätze (Normalsätze) in % im Jahre 2003

| | | | |
|------------|------|-------------|----|
| Dänemark | 25 | Italien | 20 |
| Schweden | 25 | Irland | 21 |
| Norwegen | 24 | Niederlande | 19 |
| Frankreich | 19,6 | Österreich | 20 |
| Belgien | 21 | Spanien | 16 |
| Finnland | 22 | BRD | 16 |

Die BRD befand sich bei der Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) neben Spanien auf dem *letzten* Rang bei der o. a. Auswahl der Höhe der Steuersätze. (Nur Zypern, Malta und Luxemburg liegen im erweiterten EU-Bereich mit 15 % darunter.)

Sozialleistungsquoten in % des BIP für das Jahr 2000 ⁴

| | | | |
|--------------|------|----------------|------|
| EU-15-Länder | 27,3 | Niederlande | 27,4 |
| Schweden | 32,3 | Großbritannien | 26,8 |
| Frankreich | 29,7 | Belgien | 26,7 |
| BRD | 29,5 | Italien | 25,2 |
| Dänemark | 28,8 | Spanien | 20,1 |
| Österreich | 28,7 | | |

Die BRD liegt zwar in der Spitzengruppe der Sozialleistungen in Europa, aber noch hinter Schweden und Frankreich. Innerhalb der *Struktur* der Sozialleistungen jedoch liegt für die Position „Alter und Hinterbliebene“ die BRD mit nur 42,2 %-Anteil deutlich unter dem Durchschnitt der EU-15-Länder mit 46,4 %-Anteil.

In den Sozialschutzleistungen je Kopf der Bevölkerung liegt die BRD hinter Luxemburg, Dänemark, Schweden und Österreich an fünfter Stelle der Rangliste in der EU-15, dicht gefolgt von den Niederlanden, Großbritannien und Frankreich.

Zusammenfassung:

Deutschland hat kein Problem im internationalen Vergleich seiner Abgaben- bzw. Steuerbelastung. Es liegt nirgendwo auf den ungünstigsten Plätzen der Rangfolge, jedoch in der Steuerquote am BIP, bei der Umsatzsteuer und der Körperschaftssteuer auf äußerst günstigen Plätzen.

Die statistischen Daten lassen erkennen, dass eine forcierte Steuersenkung und weitere Abgabensenkungen *keine zwingende Bedingung* aus vergleichender volkswirtschaftlicher Sicht darstellen, um Deutschlands globale Wettbewerbsposition zu behaupten. Der ruinöse Wettlauf von Staaten um niedrigere Steuersätze und Sozialabgaben geht voll zu Lasten der humanitären und technischen Infrastruktur in Deutschland sowie des erreichten hohen und gleichzeitig *produktivitätsbegründeten* Sozialniveaus.

Aus dieser Analyse folgt, dass es objektiv möglich wäre, eine andere Steuer- und Abgabepolitik in Deutschland zu vertreten, die *keine* unzumutbare Umverteilung von „unten“ nach „oben“ zum Ziel hat und die wegen der immer neu auftretende „Steuerlöcher“ in den öffentlichen Haushalten nicht hingenommen werden müssten – wie sie aus der gegenwärtigen Abgaben- oder Steuerpolitik resultieren. „Die jüngsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen von Bundestag und Bundesrat sind nicht geeignet, die Konsumschwäche zu durchbrechen.“ Und: „Achillesferse der Konjunktur bleibt der private Verbrauch.“ Diese Einschätzung des DIW ist gravierend.⁵

Die neoliberale Steuer- und Abgabepolitik verschärft alle Finanzierungsprobleme des Staates zumindest zusätzlich, soweit sie dieselben nicht erst über die absinkende Massenkaufkraft und damit sinkende effektive Nachfrage *selbst* geschaffen hat.

⁴ BMGS, „Sozialkompass Europa“, Ausgabe 2003, S. 15

⁵ DIW, Wochenbericht Nr. 1-2/2004, S. 15